

7. August 2000

„Jugendliche werden zu wenig ernst genommen SP-Kritik gegen Zivildienst und Bundes-Jugendpolitik

Die Jugendpolitik der Bundesregierung stößt auf heftige Kritik der Sozialistischen Jugend Niederösterreichs sowie auch der SP-Parlamentsfraktion des Nationalrates. So kritisierte SJ-Landesvorsitzender Andreas Kollross beispielsweise die Reduktion der Bezüge der Zivildienner auf 3.648 Schilling monatlich. Jene, die Zivildienst leisten wollen, würden dadurch in massive Schwierigkeiten gebracht, die fehlende Möglichkeit eines Aufschubes beeinträchtigt stark die Lebensplanung. Die SJ NÖ fordert zunächst, dass in Niederösterreich analog zu Wien das Sozialhilfegesetz auch bei den Zivildiennern zur Anwendung komme, wodurch ein zusätzlicher Betrag von 2.000 Schilling ausbezahlt werden könnte. Auf Dauer wird eine Verkürzung des Zivildienstes von 12 auf 8 Monate vorgeschlagen und eine Wiedereinführung der Aufschubmöglichkeit, was übrigens auch für den Präsenzdienst Gültigkeit haben müsse.

Ein früheres Wahlalter auf allen Ebenen fordert die Kinder- und Jugendsprecherin der Sozialdemokraten im Parlament, Abgeordnete zum Nationalrat Gabriele Heinisch-Hosek. Es wäre zweckmäßig, das Fach „Politische Bildung“ schon ab dem 10. Lebensjahr einzuführen, die Parteien sollten ihre Programme in der Folge auch für Jugendliche verständlich präsentieren. Jetzt solle endlich der Beschluss des NÖ Landtages bezüglich Absenkung des Wahlalters in die Tat umgesetzt werden. Auch um die Versorgung der niederösterreichischen Gemeinden mit Jugendzentren sorgt sich die Junge SP. Diese sollten aber nicht nur Freizeitbeschäftigungen anbieten, sondern auch Beratung in allen Lebenslagen. Der Bewerb „Jugendfreundlichste Gemeinde“ sollte in Zukunft auch unter Mitwirkung von Jugendlichen in den Jurien durchgeführt werden. Für alle Gemeinden wird die Installierung eines bezahlten Jugendanwalts gefordert. Die Finanzierung von Jugendzentren in jeder Bezirkshauptstadt sollte von Stadt, Land und Bund zu je einem Drittel erfolgen. Für die Mädchen sollte mehr getan werden, um das Selbstbewusstsein zu stärken und sie für neue Kommunikationstechnologien fit zu machen.

In der Schulpolitik wendet sich Heinisch-Hosek gegen „konservatives Prestigedenken“. Gefordert werden gleiche Bildungschancen in einer gemeinsamen Mittelschule bei späterer Spezialisierung. Diese Form bewirke eine gezielte Förderung unterschiedlicher Begabungen, der Fähigkeiten, Bedürfnisse und Interessen, gewährleiste aber auch Integration und Betreuung behinderter und benachteiligter Kinder.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht

NK Presseinformation

mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at